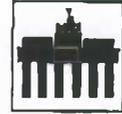


(12 Seiten)



BWV · BERLINER  
WISSENSCHAFTS-VERLAG

BWV · Markgrafenstr. 12-14 · 10969 Berlin

Herrn  
Prof. Dr. Kostas Simitis  
Per Fax 0030-210-3616527

Στο γράμμα  
υπογράφω  
ως ομοσπονδία  
Μαριών

Markgrafenstr. 12-14  
10969 Berlin

Telefon:  
Telefax:  
E-Mail:  
Internet: [www.bwv-verlag.de](http://www.bwv-verlag.de)

Berlin, 02.01.2012

Sehr geehrter Herr Professor,

anliegend sende ich Ihnen die Korrekturfahne zum aktuellen Band des Adolf-Arndt-Kreises mit der Bitte um Durchsicht und Rücksendung bis zum 12. Januar an:

Herrn  
Karsten Adler  
Lehrstuhl für Rechtsphilosophie  
und Öffentliches Recht  
Johannes Gutenberg-Universität Mainz  
Prof. Dr. Uwe Volkmann  
Jakob-Welder-Weg 9

55099 Mainz

← - Να το στείξετε  
ώπως σ'αλλά τα  
διεύθυνση  
- Να μου δώσετε μία  
φωτοτυπία του  
κειμένου.

Vielen Dank und mit den besten Grüßen zum neuen Jahr

Claudia Delfs

Claudia Delfs  
- Lektorat -  
BERLINER WISSENSCHAFTS-VERLAG

Φυσιολογία

Τη ημερομηνία και  
τα υποστηρίγματα της  
τη τις διαδρομής.

## Inhaltsverzeichnis

<i>Christoph Möllers</i> Einführung Die Unvollendete: Die europäische Idee, die Demokratie und die Wirklichkeit .....	7
<i>Kostas Simitis</i> Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung .....	21
<i>Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Renate Hornung-Draus, Peter Scherrer, Evelyne Gebhardt</i> I. Podiumsdiskussion: Gute Ernte – schlechte Ernte – Was die EU und gebracht hat Moderation: Manfred Weiss .....	31
<i>Michael Gerhardt, Ingolf Pernice</i> Streitgespräch Demokratie-Rezepturen: Zum Lissabon-Urteil des Bundesverfassungsgerichts Moderation: xxxx Volkmann .....	51
<i>Reinhard Biltkofer, Georgios Chatzimarkakis, Karl-Heinz Klär, Renate Sommer</i> II. Podiumsdiskussion: Europa – quo vadis? Moderation: Andreas Voßkuhle .....	71
<i>Christine Hohmann-Dennhardt</i> Schlusswort .....	93
Autorenverzeichnis .....	99

## Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung

*Kostas Simitis*

„Meine Damen und Herren, erlauben Sie mir ganz am Anfang einen kurzen Kommentar zum Titel „Europa und ihre Stiere“. Frau Hohman-Dennhardt hat gesagt, dass sei ein griechischer Mythos. In der Tat, aber im Mythos, wie sie wissen, gab es nur einen Stier: Zeus, den Gott. Und jetzt haben wir eine polygame Gesellschaft, und viele Stiere, das macht das Problem aus.

Mein Thema ist: Der Euro und der Ruf nach Wirtschaftsregierung. Erlauben Sie mir zum Anfang einen kurzen Blick auf das Geschehen der vergangenen Monate zu werfen, so dass wir das Problem gut überschauen können. Der Titel dieses Überblicks könnte heißen: All zu langsam.

Die Beschlüsse des Europäischen Rats vom vergangenen Dezember, 2010, wurden innerhalb der Europäischen Gemeinschaft teilweise mit Enttäuschung aufgenommen. Hoffnungen auf Regelungen, die dazu verhelfen würden, gerade die Probleme der „schwachen Länder des Südens“ zu lösen, blieben unerfüllt. War es aber gerechtfertigt, überhaupt damit zu rechnen, dass es eine Lösung geben würde? Oder handelte es sich nur um eine der europäischen Realität nicht entsprechenden Wunschvorstellungen? Die Krise hat die EU-Mitglieder vor die Frage gestellt, ob sie Vorschriften, die die Folgen der Krise regeln, anstreben sollten, oder sich eher auf eine nachhaltigere strukturelle Veränderung der Arbeitsweise der Europäischen Union konzentrieren, mit anderen Worten, ob sie jetzt eine neue, aber auch stabile Wirtschaftsregierung vorschreiben müssten. Im Herbst 2008 vertrat die Mehrheit der Mitgliedstaaten den Standpunkt, dass die Krise sich mit den vorhandenen institutionellen Mitteln bewältigen ließe, ja müsste. Man hat sich damals im September 2008 in Nizza getroffen, und man war der Auffassung sogar, dass es keine Krise gebe. Am nächsten Tag gab es den Konkurs der Lehmann Brothers. Je mehr die Krise voranschritt, desto weniger konnte dieser Standpunkt, dass es keine Krise gäbe, aufrechterhalten werden, erst recht als sich in Griechenland die Gefahr eines Staatsbankrotts abzeichnete und eine Kettenreaktion in Portugal, Irland, Spanien und der gesamten Euro-Zone auslöste.

Daraus resultierten aber drei beachtliche Initiativen, die über den institutionellen Rahmen hinausgingen. Die erste, im Mai 2010 wurde Griechenland in Kooperation mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfond ein Kredit von 110 Milliarden gewährt, verbunden mit einer Beaufsichtigung der griechischen Wirtschaft und der ausdrücklichen Verpflichtungen, sich strikt an den vereinbarten Vorgaben zu halten. Zweite Initiative einen Monat danach, im Juni 2010, wurde gemeinsam mit der EZB und dem Währungsfond ein vorläufiger

7c

Kostas Simitis

Europäischer Stabilisierungsmechanismus vereinbart, der Kreditgarantien in Höhe von 720 Milliarden Euro für europäische Mitgliedstaaten bereitstellt. Als erstes Land griff Irland darauf zurück und sicherte sich Kredite in Höhe von 85 Milliarden Euro, um den Zusammenbruch seiner Banken zu verhindern. Und dritter Schritt war der Beschluss der EZB am 16. Mai 2010, Anleihen der Mitgliedstaaten direkt von den jeweiligen Staaten als auch von deren Banken aufzukaufen. Maßnahmen wie diese sind zwar nicht mit dem EU-Vertrag vereinbar. Sie bieten jedoch gerade den Ländern, die mit Schwierigkeiten zu kämpfen haben, eine wichtige Hilfe. Solche Initiativen wurden zunächst als der angestrebte Rahmen für eine Wirtschaftsregierung angesehen, das sei, sagte man, die Wirtschaftsregierung. Aber allerdings war es nicht die Wirtschaftsregierung. Diese Initiativen erwiesen sich als nützlich, reichten aber nicht aus. Die Zweifel an der Kreditwürdigkeit der Mitgliedstaaten wuchsen. Zugleich zeichnete sich immer deutlicher ab, dass neue institutionelle Regelungen gebraucht würden, die den Mitgliedstaaten ebenso wie den Märkten Sicherheit geben könnten.

Sowohl die Europäische Kommission als auch die Präsidentschaft der EU begannen Anfang 2010 an einem Plan zur Bewältigung der Finanzkrise zu arbeiten. Sein Ziel ist es, so heißt es, "eine bessere Haushaltsdisziplin, eine systematischere Beaufsichtigung der inneren Entwicklungen in jedem Mitgliedstaat, eine bessere Koordination der Vorgehensweise der Mitgliedstaaten und schließlich ein effizienteres Krisenmanagement, zu gewährleisten. Die Vorschläge der Arbeitsgruppe, der sogenannten Task-Force zur Wirtschaftsregierung, wurden vom Europäischen Rat im Oktober 2010 grundsätzlich gebilligt. Man beschloss eine weitere Ausarbeitung und eine partielle Beschlussfassung des Rates im Dezember.

Die Reaktionen, zwischen Oktober und Dezember, fielen sehr unterschiedlich aus. Bezeichnend dafür waren etwa die Diskussionen darüber, ob der "vorläufige Finanzstabilisierungsmechanismus, der Mechanismus der vom Mai 2010 bis 2013 gilt, durch einen ständigen Mechanismus abgelöst werden sollte. Einige Mitgliedsstaaten, unter anderem Deutschland, vertraten die Meinung, dass sich die Entwicklungen durch einen ständigen Mechanismus effektiver kontrollieren ließen. Die südeuropäischen Länder befürchteten dagegen, die Sicherung der für sie bestimmten Anleihen könnte sich dadurch erschweren. Sie waren skeptisch für den ständigen Mechanismus. Nach einem kurzen Meinungsaustausch beschloss der Europäische Rat im Dezember 2010, dass der Vertrag dahingehend verändert werden sollte, dass die Mitgliedstaaten des Euro-Währungsgebiets einen ständigen Mechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität des Euro-Währungsgebiets insgesamt einrichten sollen. Das war der europäische neue Stabilitätsmechanismus. Die Ablösung des bestehenden Vorläufigen durch einen Ständigen ermöglicht es, ab 2013 die Gewährung von Finanzhilfen an neue Auflagen zu knüpfen. So soll etwa eine Aktivierung des Mechanismus nur nach einer gesonderten Schätzung jedes Einzelfalles in Betracht gezogen werden. Es wird jedes Land getrennt begutachtet. Par-

!e  
It.

#### Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung

allein dazu sind Restrukturierungsmaßnahmen für die Kredite und eine Beteiligung der privaten Gläubiger an den Verlusten, wenn Darlehen nicht zurückgezahlt werden, vorgesehen. Die Finanzminister der Euro-Zone sowie die Kommission sollten, so wurde im Dezember beschlossen, in den kommenden Monaten zunächst die Funktionsbedingungen für den Mechanismus festlegen und danach auf die weiteren damit verbundenen Fragen eingehen. Alle einschlägigen Bemühungen waren jedoch bis heute, im Februar, erfolglos. Die Differenzen zwischen den verschiedenen Meinungen konnten nicht überwunden werden. Dem Rat fällt so die Aufgabe zu, im kommenden März einen Kompromiss zu finden. Kurz gesagt, alles ist auf den neuen Rat Ende März hinausgeschoben, Entscheidungen konnten in Einzelheiten nicht getroffen werden.

In der außerordentlichen Sitzung des Europäischen Rates vor einigen Tagen, am 4. Februar, wurde von Deutschland und Frankreich ein neuer Plan vorgelegt und weitere Schritte zur Realisierung der Wirtschaftsregierung vorzunehmen. In der Tat geht dieser Plan viel weiter als alles bisher versprochen. Die Unionsländer sollen einen Wettbewerbsfähigkeitspakt abschließen. Damit soll nicht nur Solidarität sondern auch Solidität angestrebt werden. In Zukunft wird es einen gemeinsamen Standpunkt aller Euro-Länder zu Fragen, wie die Flexibilität des Arbeitsmarktes, das Pensionierungsalters, die Lohnpolitik oder die Besteuerung der Unternehmen geben. Das Verfahren jedoch, dass die Mitglieder befolgen werden damit gemeinsamen Entscheidungen zu diesen Problemen getroffen und angewandt werden, ist jedoch noch nicht klar. Endgültige Beschlüsse zu Fragen des Paktes sowie zu allen anderen Fragen sollen wie gesagt im März getroffen werden.

Die Reaktion vieler Mitgliedsstaaten war jedoch bisher negativ. Sie mögen eine Abweichung von dem Prinzip der intergouvernementalen Zusammenarbeit nicht. Die erste und bedeutendste Frage ist, ob durch diesen neuen Vorschlag der Bundesregierung die Situation hinsichtlich der noch immer ausstehenden Wirtschaftsregierung grundlegend geändert worden ist. Die Antwort, meine Antwort, ist negativ. Was angestrebt wird – durch diesen Vorschlag – ist die Erweiterung der Schutzmaßnahmen um eine Zahlungsunfähigkeit der schwächeren Mitglieder abzuwenden. Es geht nicht um eine gemeinsame Wirtschaftspolitik, die das Wachstum im europäischen Raum fördern soll. Es werden zum Beispiel nicht große Projekte erwähnt wie sie z. B. im Energiesektor notwendig sind, damit die Wettbewerbsfähigkeit der gesamten Union verbessert wird. Eine Wirtschaftsregierung ist nicht nur eine Krisenregierung. Das Ziel des gemeinsamen Handelns muss viel umfassender sein als die Abwendung eines Bankrotts eines der Mitgliedstaaten. Gleichzeitig muss ich jedoch betonen, dass der Pakt, dieser Vorschlag, der bisher kühnste Schritt ist um einer Wirtschaftsregierung näher zu kommen. Er öffnet einen Weg zur Koordination der Wirtschaftspolitik der die Mitgliedsstaaten viel weiter führen kann als sein begrenztes Ziel – die Krisenvorsorge – es vorsieht.

Kostas Simitis

Mit den bisherigen Beschlüssen, die ich erwähnt habe, hat der Europäische Rat seine Schwächen bei der Ausbildung einer substantiellen Wirtschaftsregierung bestätigt. Weder die Vorschläge der von Präsidenten Rompuy geleiteten "Task Force", noch die zahlreichen Sitzungen der Organe der Union, so viele Sitzungen des Rates hatte man noch nie erlebt, reichen aus, um eine echte Wirtschaftsregierung zu konstituieren. Ohne einen gemeinsamen Willen lassen sich gerade in so mühsamen und langwierigen Verhandlungen keine genauso positiven wie überzeugenden Ergebnisse erzielen. Aber eben an diesem Willen mangelt es. Die europäische Führung will offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen, dass das Problem der Wirtschaftsregierung wesentlich weiter reicht als die Frage, wie die Folgen der Krise zu bewältigen sind.

Die Schwierigkeiten, die wir überwinden müssen, aber nicht überwinden wollen, hängen unmittelbar mit der Struktur der Union zusammen. Anders ausgedrückt: entscheidend ist, ob der heutige Charakter der Union als intergouvernementale Zusammenarbeit erhalten bleiben soll, oder ob die EU bereit ist in der Wirtschaftspolitik einer Struktur den Vorzug zu geben, die die ständige Verständigung zwischen den Regierungen durch eine gemeinsame Politik ersetzt. Im ersten Fall, wenn man am heutigen System der intergouvernementalen Zusammenarbeit bleibt, wird bei den Beschlüssen weiterhin die Zustimmung der Mitglieder notwendig sein. Also ein Verfahren, das lange dauert und das schwer zu Ergebnissen führt. Im zweiten Fall, bei einer gemeinsamen Politik, wäre es durchaus möglich, die Wirtschaftsregierung auf ein zentrales Organ zu übertragen, das eine gemeinsame Wirtschaftspolitik entwirft und umsetzt.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten wünscht sicherlich ein Weiterbestehen des geltenden intergouvernementalen Verfahrens. Sie spricht sich damit gegen eine EU mit föderativem Charakter und einer gemeinsamen Politik aus, die den konstanten Rückgriff auf die Zustimmung aller Regierungen ablösen würde. Die Notwendigkeit, den Bereich einer gemeinsamen Politik zu erweitern, und zwar speziell im Sektor der Wirtschaft und der Stärkung der gemeinsamen Währung, wird allerdings gesehen. Ganz in diesem Sinn gilt es nach Ansicht der Mehrheit der Mitglieder, um das Problem zu lösen, eine akzeptable Grenze zu bestimmen, wie weit die Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten der EU übertragen werden dürfen. Die Ansichten über den Umfang der erforderlichen neuen Kompetenzen in der Union gehen jedoch auseinander, ich würde sagen weit auseinander, wie sich etwa spätestens dann zeigt, wenn bedeutende Probleme zur Frage stehen. Etwa hinsichtlich der gemeinsamen Steuerpolitik, soll es die geben und wie? Das gleiche gilt für die gemeinsame Wirtschaftspolitik. Die Nutzen und Lasten aus dem Betrieb des gemeinsamen Marktes und die Möglichkeit Finanzmittel aus den gemeinsamen Haushalten schwächeren Ländern zu übertragen sind strittig, in Deutschland sagt man, man möchte keine Transfer Union. In anderen Ländern sagt man, ohne Transfer Union

#### Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung

geht es nicht. Fragen wie diese beziehen sich unmittelbar auf Bedeutung und Aufgaben der Wirtschafts- und Währungsunion.

Nach einer mittlerweile zehnjährigen Tätigkeit ist die Wirtschafts- und Währungsunion ein unentbehrliches und unbestreitbares Strukturelement der EU. Ihre Auflösung würde wirtschaftlichen Unruhen, eine erhebliche Rezession und einen spektakulären Absturz der Perspektiven und Möglichkeiten aller Mitgliedstaaten nach sich ziehen. Folgen, die ebenso sinnlos wie unannehmbar sind. Die Mitglieder sind, so gesehen, mehr denn je gehalten zu kooperieren, sie müssen es tun um erst recht Entwicklungen zuvorzukommen, die den Euro sowie ihren Zusammenhalt gefährden. Deutlicher könnte unter diesen Umständen die Notwendigkeit einer Wirtschaftsregierung kaum sein. Ohne sie läuft die Euro-Zone Gefahr, bei jeder wirtschaftlichen Unruhe ins Wanken zu geraten und zudem auf den internationalen Märkten kaum ernsthaft mit den USA und China konkurrieren zu können. Die Verträge enthalten aber nichts über Ziele und Handlungsvorgaben einer Wirtschaftsregierung. Es ist Neugebiet. Der gemeinsame Rahmen muss also neu definiert werden.

Der Vertrag von Lissabon bestätigt bei der Umsetzung des gemeinsam beschlossenen Rahmens für die Wirtschaftspolitik die Autonomie der Mitgliedstaaten. Das ist das Prinzip jetzt. Jedes Mitglied ist verantwortlich für die Auswirkungen seiner Politik und insofern auch für die eigenen Schulden. Niemand ist also verpflichtet, für die Schulden der anderen aufzukommen. Die Wirtschaftsunion erhöhte zwar in einer ersten Phase den Lebensstandard in den südeuropäischen Ländern, verschaffte jedoch nach einer gewissen Zeit dem Norden dank seiner deutlich überlegenen Entwicklung die weitaus größeren Vorteile. Das ist ein bedeutendes Problem.

Die Tatsache, dass die höher entwickelten Mitglieder durch die Wirkungsweise der Wirtschaftsunion begünstigt werden und die Notwendigkeit, einzelne Staaten mit großen Kreditproblemen zu unterstützen, führt im Süden zu der Auffassung, dass der Norden die Bürde der Rettung der gefährdeten Länder zu tragen hätte. Man sagt: "Ihr gewinnt, ihr müsst auch zahlen." In einer Situation wie der heutigen aber, in der die Haushaltsschulden in den Südstaaten rasant zunehmen, diese so hohe Zinsen zu zahlen haben, dass die Rückzahlung der Darlehen an ihre Gläubiger zweifelhaft wird und sich Inflation oder Stagnation ausbreiten, wollen freilich die Länder des Nordens, und das ist sehr verständlich, keine Verpflichtungen übernehmen, die sie mit in den Strudel der südeuropäischen Krise zu ziehen drohen. Sie sind nur dann bereit Finanzhilfen zu leisten wenn gleichzeitig Maßnahmen ergriffen werden, die es ermöglichen, die Krise zu beherrschen, eine Rückkehr zur Normalität also wahrscheinlich bleibt. Und dann, wenn alles ordnungsgemäß läuft, könnten sie vielleicht zahlen. Der ständige Stabilisierungsmechanismus, der jetzt beschlossen wurde, aber noch unklar bleibt, entspricht dieser Erwartung, dass man Normalität zurückbringt.

### Kostus Simitis

Es ist also klar, dass unter den heutigen Bedingungen die nordeuropäischen Länder sich nicht zu institutionellen Regelungen bereitfinden werden, welche die Autonomie ihrer Wirtschaftspolitik einschränken und die Gefahr vergrößern in einer unkontrollierbaren Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation ihrer Partnerländer hineingezogen zu werden. Es überrascht also überhaupt nicht, dass trotz der vielen Ratssitzungen, trotz der vielen Papiere, trotz der Arbeitskommissionen, trotz der Task Force man nicht zu einem Ergebnis gekommen ist. Man ist nicht zu einem Ergebnis gekommen, weil es keinen Gesamtplan gibt. Weil man hoffte, ohne Gesamtplan die Wirtschaftsregierung durch die Bewältigung der jeweils auftauchenden Einzelprobleme zu realisieren. Der von Deutschland und Frankreich vorgeschlagene Wettbewerbsfähigkeitspakt ist ein bedeutender Schritt nach vorne, zeichnet aber eine Gesamtlösung, den Gesamtplan nicht ab. Es gibt also ein langsames Tempo. Und dieses langsame Tempo birgt die Gefahr, dass die EU nicht rechtzeitig und ausreichend plötzliche neue Bewegungen an den Märkten kontrollieren kann. Man sah die Krise Griechenlands kommen, aber man sah die Krise Irlands nicht kommen. Die Krise Irlands war ganz plötzlich da. Und eine Krise in Spanien, Portugal oder anderswo könnte auch ganz plötzlich da sein. Man muss dazu bereit sein. Aber es ist klar, dass die Chancen, ein verlässliches Modell einer Wirtschaftsregierung zu verwirklichen, gering sind, solange die Mitglieder der Wirtschafts- und Währungsunion ihre Aufmerksamkeit nicht auf das bedeutendste Problem jetzt in der Union richten, die erfolgreiche Überbrückung der tiefen Kluft in der Wettbewerbsfähigkeit zwischen Norden und Süden, die letztlich allein den Weg für eine gemeinsamen wirtschaftliche Politik, für einen gemeinsamen wirtschaftlichen Fortschritt bahnen kann.

Die Europäische Zentralbank baute im Dezember ihre Interventionsmöglichkeiten aus, um den Folgen der Tatenlosigkeit der europäischen Regierungen zu entgegen. Sie kündigte eine Verdoppelung des Kapitals zur Stützung der Staatsanleihen der südeuropäischen Ländern an. Damit bestätigte sich aber erneut, dass die Europäische Zentralbank in Ermangelung einer Wirtschaftsregierung die Rolle des Retters übernimmt. Aber die Zentralbank ist für die Rolle eines Retters nicht zuständig. Ihre Handlungsmöglichkeiten reichen dafür nicht aus und was sie jetzt tut, wie wir alle wissen, ist nicht im Rahmen der Verträge. Alles in allem: die für den Aufbau einer Wirtschaftsregierung entscheidenden Fragen sind nach wie vor in der Schwebe. Solange sich die nordeuropäischen Länder vor allem auf das Thema Haushaltsdisziplin konzentrieren, wird sich die Diskussion weiterhin auf einzelne Punkte beschränken, wie etwa ein Bankrott der Mitglieder abzuwenden ist. Eine genuine Wirtschaftsregierung setzt einen deutlich weiter gefassten Ansatz voraus: einen Plan mit den politischen und ökonomischen Zielen für das kommende Jahrzehnt. Überlegungen, die genau dieses Ziel anpeilen und sich dabei auch mit der weiteren Entwicklung der Europäischen Union auseinandersetzen, sind infolgedessen notwendiger denn je. Der Akzent muss konsequenterweise ganz auf den Bemü-

### Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung

hungen liegen, die heutige Situation umzugestalten. Dazu bedarf es einer realistischen Beurteilung der heutigen Situation. Und ich möchte einen Punkt hervorheben. Viele meinen es sei ein Finanzproblem, das man zu lösen habe. Ich denke aber, dass es nicht nur um Finanzprobleme geht.

Die internationalen Organisationen sind sich in der Einschätzung einig, dass mit dem Rückgang der Krise eine Ära des Wirtschaftswachstums einsetzen wird, dessen Raten allerdings im Vergleich zu der Zeit vor der Krise erheblich niedriger sein dürften. Eine gemeinsame europäische Wirtschaftspolitik könnte dazu beitragen die Auswirkungen der Krise schneller zu überwinden, größere Wachstumsraten zu erzielen. Denn die Wachstumsraten in den entwickelten Ländern, Deutschland zum Beispiel, werden in den nächsten Jahren zufriedenstellend sein. Man rechnet in zwei oder drei Jahren das was man verloren hat wieder zu gewinnen. Aber in Ländern des Südens braucht man nicht nur drei Jahren, man braucht mindestens fünf Jahre, manche sagen sogar zehn Jahre. Es wird also wieder einen großen Unterschied geben und wegen des großen Unterschieds wird es wieder eine neue Krise geben. Also muss man eine Wirtschaftspolitik befolgen die allen gleichzeitig hilft um in der Europäischen Union ein Gleichgewicht zu erzielen. Aber es ist heute noch immer fraglich, ob sich eine solche Politik finden kann.

Das Streben nach stabilem Wachstum zwingt auch zu einer Kursänderung des Finanzsystems. Die Stärkung der Realwirtschaft ist erforderlich. Praktiken, die einen schnellen und leichten Profit begünstigen, wie die extrem hohe Einkünfte der Führungskräfte der Banken, die Bonuszahlungen an Trader, die undurchsichtige Verbrüderung von Forderungen unterschiedlichen Wertes, die Börsenwetten, das Shortselling und die strukturierten Anleihen, die bisher Glück und Unglück gebracht haben, müssen drastisch eingeschränkt werden. Die Stimulation von langfristigen Investitionen, die Unterstützung der Produktionstätigkeit, die Stärkung der Arbeitsfähigkeit sowie die Schaffung von Arbeitsplätzen sollen den Ton angeben. Alles freilich Erwartungen, die jetzt leider kaum realisierbar erscheinen.

Das Finanzsystem hat durch seine globale Ausbreitung langfristige Investitionen untergraben. Den Ausschlag für den bestmöglichen Kapitaleinsatz gibt derzeit keineswegs die langfristige Rentabilität, sondern der schnellstmögliche Profit. Eine hohe Rendite wird durch die Börsengeschäfte bzw. durch Spekulationen auf den Märkten gewährleistet und nicht durch Investitionen zur Steigerung der Produktivität sowie der Wettbewerbsfähigkeit eines Unternehmens. Das Streben nach unmittelbarem Profit hat eine kurzsichtige Vorstellung der Nützlichkeit etabliert. Sie führt dazu, dass sich die Investoren von der Produktion abwenden und sich der Blick mehr und mehr einzig auf Finanztransaktionen richtet. Genau diese Transformation des Kapitalismus hat die jüngste Krise ausgelöst. Um die Produktionsaktivitäten zu stärken und eine erneute Krise zu vermeiden, ist eine ebenso klare wie dezidierte Intervention notwendig, die nicht nur produktive Investitionen wieder an erste Stelle setzt, aber vielmehr und vor allem genauso die Schaffung

Kostas Simitis

von Beschäftigung und die Stärkung der sozialen Integration, die Verbreitung von Wissen und das ökologische Gleichgewicht auf der Welt anstrebt. Nicht minder notwendig sind jedoch Kontrollvorkehrungen, um Exzesse, Betrügereien und Spekulationen im Finanzsektor zu unterbinden. Schließlich ist ein entscheidender Schritt in Richtung Wachstum vonnöten.

Die gegenwärtige Arbeitsweise der Union erleichtert jedoch solche Interventionen nicht. Der Wachstums- und Stabilitätspakt ist fast ausschließlich auf den Erhalt der Währungsstabilität ausgerichtet. Er lässt die Bedeutung des Wachstums zur Gewährleistung besserer Lebensbedingungen, der Schaffung von mehr Beschäftigung und der Erweiterung der Chancen für den Fortschritt außer Acht. Wenn deshalb eine ernsthafte Veränderung der gegenwärtigen Situation bewirkt werden soll, müssten seitens der Mitgliedstaaten konkrete Verpflichtungen zur Investitionsförderung, zur Verbreitung der Wissensgesellschaft, zu Verwaltungsreformen und zu einer Verbesserung der Sozialsysteme eingegangen werden. Die Annäherung an diese Ziele sollte zudem in regelmäßigen Abständen geprüft, die Ergebnisse der Bewertungen veröffentlicht und die Bereitstellung von Mitteln für die Mitgliedstaaten festgesetzt werden.

Mitgliedstaaten, die ihre Ausgaben tatsächlich an der Erzielung höherer Wachstumsraten ausrichten und gleichzeitig Kosteneinsparungsprogramme umsetzen, müssten unter besonderen Umständen die Möglichkeit haben, die Drei-Prozent-Grenze des Haushaltsdefizits beim Bruttoinlandsprodukt zu überschreiten. Die Europäische Union kommt so gesehen nicht umhin, zu entscheiden, ob sie bereit ist, ein geringes Wachstum zu akzeptieren, das die Chancen vieler auf ein besseres Leben einschränkt, oder sich lieber für Investitionen aussprechen möchte, die ein nachhaltiges Wachstum mit günstigeren Beschäftigungs- und Einkommenschancen garantieren. Für die zweite Option, das Wachstum, ist es erforderlich, beim Umgang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln Disziplin walten zu lassen und ein konsequentes Ziel zu verfolgen. Sie benötigt mit anderen Worten eine von Wahlzyklen und Klientelpraktiken unabhängige Politik. Neben den Investitionen der Mitgliedstaaten ist ein Rahmenprogramm für Investitionen in der gesamten EU unabdingbar. Gemeint sind vor allem Investitionen für die Verbesserung der Infrastruktur im Transport- und Telekommunikationswesen, im Bereich der erneuerbaren Energien, der Forschung und der Zusammenarbeit der Hochschuleinrichtungen.

Dieser Vorschlag ist nichts Neues. Dieser Vorschlag wurde vom Präsidenten Delors vor vielen Jahren gemacht, aber man hat ihm keine Bedeutung gegeben weil man dachte, dass es ein solche gemeinsame europäisches Programm nicht geben sollte. Das Problem ist, dass die Haushaltsmittel der Union für eine solche Initiative nicht ausreichen und die Möglichkeiten einer Erhöhung des Beitrags der Mitgliedstaaten begrenzt sind. Die Union sollte daher zur Ausgabe von Europäischen Anleihen bereit sein. Sie würden zur Realisierung von Investitionen dienen, aber auch zur Finanzierung von wachstums- und zu beschäftigungswirksamen Pro-

Der Euro und der Ruf nach einer Wirtschaftsregierung

jekten. Ich möchte das betonen, Anleihen für Investitionen und nicht um den Staaten die in Krise sind zu helfen. Anleihen für die Produktion und nicht Anleihen um die Krise zu überwinden. Ich möchte daran erinnern, dass zu Beginn des Jahres 2010 die Europäische Kommission ein neues Zehnjahresprogramm mit dem Titel "Europa 2020," vorgelegt hat. Dieses Programm enthält Initiativen zur Erhöhung der Beschäftigung, zur Intensivierung der Forschung, zur Verbesserung der Bildung und zur Begrenzung des Kohlendioxidausstoßes. Der Europäische Rat hat diese Vorschläge im vergangenen Frühjahr grundsätzlich gebilligt, ihre Umsetzung ist bisher nicht fortgeschritten, eine Erfahrung die die Notwendigkeit einer Wirtschaftsregierung unterstreicht.

Die Wirtschaftsregierung kann im Rahmen der bestehenden Wirtschafts- und Währungsunion über eine verstärkte Zusammenarbeit angestrebt werden, an der sich alle Mitglieder beteiligen können, die dies wünschen. Diese Form der Kooperation ist bereits im Lissaboner Vertrag vorgesehen. Die Kooperation stellt den Weg dar, den die Mitgliedstaaten gehen können, um die Aktionsfelder gemeinsam zu erweitern, ohne gleichzeitig zu einer Vertragsänderung gezwungen zu sein. Auf der Suche nach der engeren Zusammenarbeit sollte man aber nicht an der Frage stolpern, ob man einen Staatenbund, einen Bundesstaat oder eine andere Form des gemeinsamen Vorgehens anstrebt. Bedeutend ist es, die Probleme in Zusammenhang mit langfristigen Lösungen zu sehen, die Frage stellen, wie man Vorteile für alle Mitglieder erzielen kann, und den unausweichbaren Souveränitätsverzicht, den die Globalisierung bedingt, anzuerkennen. Strebt man nach einer wirksamen Politik der Union, so wird man die Formeln finden, die notwendig sind, um den gemeinsamen Willen in die Tat umzusetzen.

Zahlreiche Kommentatoren der jüngsten Entwicklungen in der EU haben sich gleichfalls für diesen Ansatz ausgesprochen. Sowohl für eine verstärkte Zusammenarbeit im Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion als auch für ein Vorgehen das aufgrund der Probleme ausgearbeitet wird. Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer sonstigen Überlegungen, teilen sie die Überzeugung, dass der Ausweg aus der Krise einen Weg nach vorwärts erfordert, also in Richtung auf eine Wirtschaftsregierung und eine politische Integration. Genau dies ist das Ziel, dem wir uns ebenso ernsthaft wie beharrlich annähern sollten. Vielen Dank!"

### Autorenverzeichnis

Reinhard *Bütikofer*, MdEP, EUROPA PARLAMENT, Rue Wiertz, 1047 Brüssel

Dr. Georgios *Chatzimarkakis*, MdEP, Europäisches Parlament, 60, Rue Wiertz, 1047 Brüssel

Evelyne *Gebhardt*, PSE-MdEP, Europäisches Parlament, Rue Wiertz, 1047 Brüssel

Dr. Michael *Gerhardt*, Richter am Bundesverfassungsgericht, Schlossbezirk 3, 76131 Karlsruhe

Dr. Friedrich-Wilhelm *Graefe zu Baringdorf*, Am Berningshof 2, 32139 Spenge

Renate *Hornung-Draus*, BDA Abt. Europ. Union/Intern. Sozialpol, Breite Straße 29, 10178 Berlin

Dr. Karl-Heinz *Klar*, Bevollmächtigter des Landes Rhl.-Pf. beim Bund und für Europa, In den Ministergärten 6, 11056 Berlin

Professor Dr. Ingolf *Pernice*, Humboldt-Universität zu Berlin, Walter-Hallstein-Institut, Unter den Linden 6, 10099 Berlin

Peter *Scherrer*, Fédération Européenne des Métallurgi, International Trade Union House, Boulevard du Roi Albert II, 5, 1210 Brussels

Dr. Renate *Sommer*, MdEP, Europabüro Ruhrgebiet, Heinrichstr. 5, 44623 Herne

Bitte ergänzen, danke.  
 Prof. Dr. Kostas *Simitis*, Ministerpräsident Griechen-  
 lands (1996-2004)  
 Akadimias 35, 10672 Athen